

Walter Ulbricht sagte: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten...“



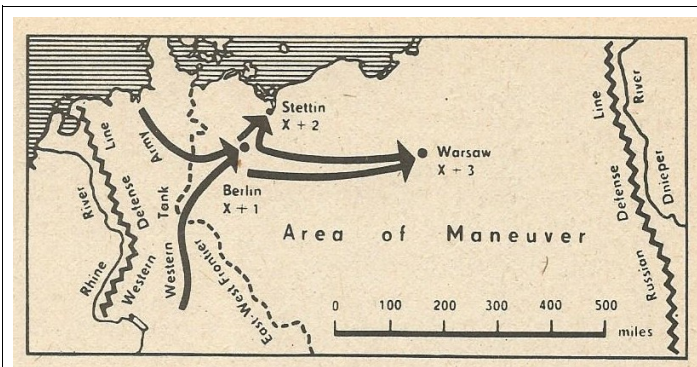
Sicherung der Staatsgrenze

Nein, es hatte niemand die Absicht, eine Mauer zu bauen, auch Walter Ulbricht nicht. Aber die Realitäten hatten sich geändert. Als nach dem Sieg der Sowjetunion über den deutschen Faschismus in den Westzonen eine einseitige Währungsreform durchgeführt worden war und am 23. Mai 1949 entgegen den Abmachungen des Viermächteabkommen die Bundesrepublik Deutschland (BRD) gegründet wurde, war klar, daß damit ein neuer Zeitabschnitt begonnen hatte. Deutlich zeichnete ab, was auch schon während des Krieges zu erkennen war: die Feindschaft und der abgrundtiefe Haß der Westmächte gegenüber der Sowjetunion, der tiefverwurzelte Antikommunismus der imperialistischen Staaten.

Die Maßnahmen zum Schutz der Staatsgrenze der DDR am 13. August 1961

Gegen Ende der fünfziger Jahre stellte der Kampf um den Frieden in Europa erhöhte Anforderungen an die sozialistische Staatengemeinschaft. Obwohl die Regierung der DDR im Bündnis mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern alles getan hatte, um die Regierung der BRD zu einer Politik der Vernunft und des guten Willens zu bewegen, verschärften die aggressiven Kreise des Imperialismus die Spannungen immer mehr. Der Imperialismus der BRD baute seine militärische Macht systematisch aus. Von 1959 bis 1961 wurde die Bundeswehr um mehr als 40.000 Mann verstärkt. Sie stellte das Hauptkontingent der Landstreitkräfte im NATO-Kommandobereich Europa-Mitte. Militaristen der BRD besetzten leitende Positionen in den Kommandostäben der NATO. Immer nachdrücklicher forderte die BRD-Regierung die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Im August 1960 veröffentlichte die Führung der Bundeswehr der BRD eine Denkschrift, in der es hieß: „Die Bundeswehr kann weder auf die allgemeine Wehrpflicht, noch auf die Zugehörigkeit zur NATO, noch auf eine atomare Bewaffnung verzichten.“ Offen erklärten die Militaristen ihre Absicht, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu ihren Gunsten zu revidieren.

Kriegsvorbereitungen gegen die DDR



So dachten sich die Bundeswehrgeneräle die Aggression! Als Tag X bezeichneten die Imperialisten und Militaristen der BRD den Tag, den sie für den Beginn des beabsichtigten Überfalls auf die DDR und die sozialistische Staatengemeinschaft in ihren Plänen annahmen.

Im Frühjahr 1961 gingen diese Kräfte verstärkt zur Kriegsvorbereitung gegen die DDR über. Der ehemalige Hitlergeneral und Generalinspekteur der Bundeswehr, Adolf Heusinger, erhob sogar die provokatorische Forderung, Atomraketen an der Grenze zur DDR zu stationieren. Zugleich verstärkte die Regierung der BRD den Wirtschaftskrieg gegen die DDR. So wurde das laufende Handelsabkommen für Ende 1960 gekündigt. Auf diesem Wege sollte die Wirtschaft der DDR gestört werden, um damit Versorgungsschwierigkeiten und schließlich Unzufriedenheit unter der Bevölkerung zu schüren. Parallel dazu forcierten Agenten und Geheimdienste ihre feindliche Tätigkeit. Sabotageakte häuften sich. Die Abwerbung von Fachkräften aus der DDR durch kriminelle Menschenhändler erreichte neue Ausmaße. Dadurch sollte vor allem die medizinische Betreuung der Bevölkerung zum

Erliegen gebracht werden, um dann die Unzufriedenheit der Menschen darüber gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht richten zu können. Es spricht für sich, wenn die imperialistische Propaganda dies als „Kampf gegen die Unmenschlichkeit“ feierte. Bei all diesen Aktionen gegen die DDR wurde die offene Grenze gegenüber Westberlin brutal ausgenutzt, um die DDR zu schädigen, wo und wie es immer nur möglich war. So sollte unser sozialistischer Staat für die Bundeswehr „sturmreif“ gemacht werden.

Ein Hitlergeneral führt die NATO

Im Sommer 1961 wurden erneut NATO-Manöver an der Grenze der DDR durchgeführt, bei denen ein begrenzter Krieg gegen die DDR und andere sozialistische Staaten geprobt wurde. In den ersten Augusttagen 1961 leiteten die Militaristen der BRD die letzten militärischen Aggressionsvorbereitungen gegen die DDR ein. Anfang August weilte der BRD-Verteidigungsminister Strauß in den USA. Strauß erklärte dem USA-Präsidenten Kennedy und Vertretern des amerikanischen Kriegsministeriums, daß in der DDR ein „Volksaufstand“ bevorstünde. Diese Gelegenheit wolle die Regierung der BRD wahrnehmen, um die DDR im Zuge einer „Polizeiaktion“ zur Lösung eines „innerdeutschen Konflikts“ zu erobern. Zur Unterstützung dieses Planes wurden die in Europa stationierten NATO-Truppen in Alarmbereitschaft versetzt. Der Befehlshaber der NATO- Landstreitkräfte Mitteleuropas, der ehemalige Hitlergeneral Speidel, führte zur gleichen Zeit eine Besichtigung entlang der Staatsgrenze der DDR durch. Die militärische Kriegsvorbereitung wurde von einer Hetzwelle gegen die DDR begleitet. Die Bürger der BRD sollten glauben, die Mehrheit des Volkes in der DDR sei gegen den Sozialismus, und es wäre ein Gebot der Humanität, die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu beseitigen. Dementsprechend versuchte man durch Meldungen über angeblich bevorstehende Unruhen in der DDR von den wahren Absichten des BRD-Imperialismus abzulenken und die Kriegsvorbereitungen zu tarnen.

Gemeinsamer Beschluß zum Schutz der Staatsgrenzen der DDR



Arbeiter-Kampfgruppen der DDR

Vom 3. bis 5. August 1961 tagte in Moskau eine Beratung der Ersten Sekretäre der kommunistischen und Arbeiterparteien der Länder des Warschauer Vertrages. Auf ihr wurden die notwendigen Maßnahmen beraten und festgelegt, um den vom BRD-Imperialismus und seinen Bundesgenossen in der NATO bedrohten Frieden zu sichern. Die sozialistischen Bruderländer beschlossen, daß die DDR an der Staatsgrenze zu Westberlin die notwendigen Sicherungsmaßnahmen trifft, um die weitere Wühltätigkeit gegen die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft wirksam zu unterbinden. In Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Moskauer Beratung beauftragte die Volkskammer am 11. August 1961 den Ministerrat der DDR, alle erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenze vorzubereiten und durchzuführen. Auf Beschluß des Ministerrates wurden in der Nacht vom 12. zum 13. August die Einheiten der Nationalen Volksarmee, der

Volkspolizei und die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in Alarmbereitschaft versetzt. In den ersten Stunden des 13. August riegelten sie die bis dahin offene Staatsgrenze der DDR nach Westberlin ab. Als am Morgen des 13. August die Sonne über Berlin aufging, waren die Sicherungsmaßnahmen im wesentlichen abgeschlossen. Der Kriegsbrandherd Westberlin war unter zuverlässiger Kontrolle gebracht worden.

Die DDR-Bürger unterstützten die Sicherung der Staatsgrenze

Die Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls, die in schnellem Tempo erfolgte, hatte die Westmächte, die BRD-Regierung und den Westberliner Senat völlig überrascht. Während die bestürzten Politiker in Bonn und Westberlin von einer Beratung zur anderen hetzten, ging das Leben in der Hauptstadt der DDR normal weiter. Besondere Bedeutung kam dem disziplinierten Einsatz der Kampfgruppen der Arbeiterklasse zu. Ihr Auftreten wirkte auf die aggressiven imperialistischen Kreise sehr ernüchternd. Die Mehrheit der Werktätigen der DDR begrüßte und unterstützte die Sicherungsmaßnahmen. Zahlreiche Berliner besuchten in den darauffolgenden Tagen die im Einsatz befindlichen Angehörigen der bewaffneten Organe. Delegationen aus Betrieben und viele einzelne Bürger brachten Geschenke und Blumen, um auf diese Weise ihren Dank auszudrücken. Zu Höhepunkten der Verbundenheit mit den bewaffneten Organen und den von ihnen mit hervorragender Disziplin durchgeführten Maßnahmen gestalteten sich ein großer Appell der Berliner Kampfgruppen am 23. August 1961 und die anschließende Rückkehr der Kampfgruppen in ihre Betriebe. Durch die Sicherung der Staatsgrenze war es nun nicht mehr möglich, die Werktätigen um die Früchte ihrer eigenen Arbeit zu bringen und die DDR ungestraft auszuplündern.

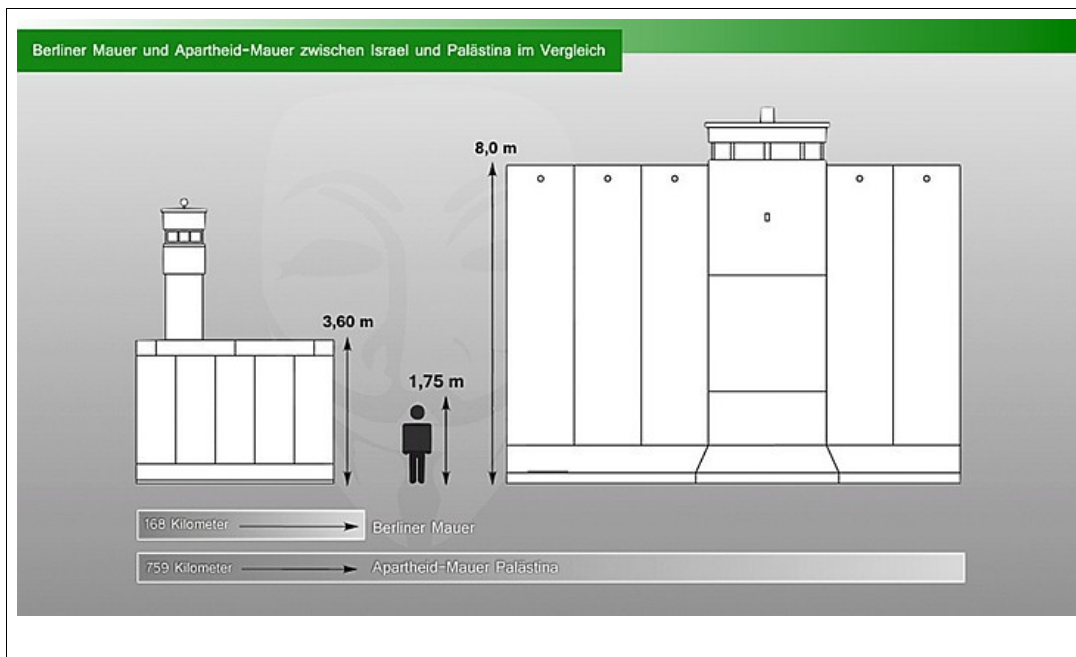
Quelle:

Geschichte, Klasse 10, Verlag Volk und Wissen Volkseigener Verlag Berlin (DDR), S.160-163.

Bemerkung: Nun kann man sagen: das ist Propaganda! Ja, es ist Propaganda. Es ist sozialistische Propaganda, es ist Propaganda gegen den Krieg! Der Schutz der Staatsgrenzen der DDR war nicht nur eine notwendige Maßnahme, um die Ausplünderung unseres Landes zu verhindern, sondern sie diente auch dem Schutz der Bürger der DDR und der Verhinderung eines erneuten Krieges. Über 40 Jahre hat die Sowjetunion im Bündnis mit den anderen sozialistischen Staaten dafür gesorgt, daß es in Europa keinen Krieg gab. Wir haben der Sowjetunion nicht nur den Sieg über den deutschen Faschismus zu verdanken, sondern auch die längste Friedensperiode des 20. Jahrhunderts. Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten!

Und übrigens: Der bemerkenswerte Satz wurde also (in betrügerischer Absicht) aus dem Zusammenhang gerissen. Ulbricht sagte: „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten. Ich habe vorhin schon gesagt: Wir sind für vertragliche Beziehungen zwischen Westberlin und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Das ist der einfachste und normalste Weg zur Regelung dieser Fragen.“ – Der Kommentator spricht ganz einfach über die weiteren Worte Ulbrichts hinweg – eine beliebte Art westlicher Journalisten, den Originalton zu verfälschen...

Und hier zum Vergleich, die Apartheidmauer an der Grenze zu Palästina:



Siehe auch:

[Ein historischer Rückblick: Warum wurde Deutschland gespalten?](#)

[Günter Görlich: Erfahrungen an der DDR-Staatsgrenze](#)

[Die Wirtschaft der DDR im Jahre 1953](#)

[So plünderten die US-Amerikaner 1945 Leipzig](#)

[Erinnerungen eines Volkspolizisten der DDR](#)

[Was geschah wirklich am 17. Juni 1953 und wie kam es dazu?](#)

J.Streisand: [Die DDR und die Sicherung der Staatsgrenze 1961](#) (pdf-Datei)